Florian Post MdB
Claudia Tausend MdB

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Wir alle waren fassungslos, was sich im Sommer in Chemnitz – und im Nachgang abgespielt hat. Seehofers und Maaßens unsägliche Äußerungen und die vollkommen unangemessene Entscheidung, Maaßen vom Verfassungsschutzpräsidenten zum Staatssekretär zu befördern, konnten viele – zu Recht – nicht nachvollziehen. Wir verdanken es unter anderem Natascha Kohnen, dass die Koalitionsspitzen die öffentliche Kritik ernst genommen und sich selbst korrigiert haben. Nun müssen wir uns wieder der Sacharbeit widmen.
Als SPD konnten wir diese Wochen einiges durchsetzen: Deutschland bekommt ein modernes **Einwanderungsrecht** und wer bereits hier ist, Arbeit hat und gut integriert ist, bekommt die Chance, hier zu bleiben. Wir haben das Gesetz zur **Brückenteilzeit** eingebracht. Wir werden das Grundgesetz ändern, damit Bund und Länder besser zusammenarbeiten können – für **sozialen Wohnungsbau**, für **Nahverkehr**, für **moderne Schulen**. Einen Einblick in die Arbeit der letzten Woche und der anstehenden Aufgaben liefert euch dieser Newsletter:
Viel Spaß beim Lesen!

Florian Post Claudia Tausend

40 Jahre SPD-Bürgerbüro – das Fest

Nicht nur vor den Wahlen für die Bürger da!

Am 21. September war es soweit: Mit über 50 Gästen (darunter Stadträtin Renate Kürzdörfer, Bezirksrätin Christina Hörl, und die BA-Vorsitzenden aus Schwabing und Milbertshofen) wurde im SPD-Bürgerbüro in der Belgradstr. 15 a gefeiert. Denn erstens jährt sich in diesem Jahr zum 40. Mal die notarielle Beurkundung des Trägervereins SPD-Zentrum Schwabing e.V., zweitens befindet sich das Büro seit 20 Jahren am Standort Belgradstr. 15 a.

Ausgelassene Stimmung bei der Feier "40 Jahre SPD-Bürgerbüro". Isabell Zacharias musste sich von einer Erkältung erholen und konnte leider nicht an den Feierlichkeiten teilnehmen, schickte aber beste Grüße in die Belgradstrasse.

Zunächst begrüßten die Vorsitzende des Trägervereins **Marlis Thomae** und **Ruth Waldmann MdL** die Anwesenden.
In einer Videobotschaft erinnerte dann der Schirmherr des Festes **Christian Ude** (er selber war an diesem Abend für „Menschen für Menschen“ in Äthiopien) an die Anfänge der kostenlosen Mieterberatung, die seit 40 Jahren immer am Donnerstagabend stattfindet (außer in Schulferien und an Feiertagen). Sie wurde begründet von **Dr. Kurt Mühlhäuser**, damals Rechtreferendar, heute pensionierter Chef der Stadtwerke München. Ferner wies Ude darauf hin, dass hier fast jeden Monat eine Ausstellung von Künstlerinnen und Künstler (meist aus Schwabing) stattfindet.
In seiner Festrede ging der langjährigen Fraktionsvorsitzenden und Vizepräsident des bayerischen Landtages, **Franz Maget** – auch anhand von einigen Anekdoten – auf das Bürgerbüros ein, das sich zunächst in der Herzogstr. 77, dann jahrelang in der Herzogstr. 78 befand. Er berichtete auch über die Anfänge der kostenlosen Schuldnerberatung, die **Dirk Dicken** seit Juli 2004 hier durchführt und die fast immer einen annehmbaren Vergleich zwischen Gläubigern und Schuldnern vermitteln konnte. Und seit 2007 berät auch das Paul-Klinger-Künstlersozialwerk regel-mäßig zu Fragen der Künstlersozialkasse. Abschließend hob er Verlässlichkeit und Nachhaltigkeit als Grundidee des Bürgerbüros hervor.
Nach den Reden konnte **Florian Post MdB** ein Fass Bier anzapfen und das Buffet eröffnen.

Der Abend ging dann mit Musik von den „**Forgive Me Nots**“ und guten Gesprächen mit den anwesenden Mitarbeiter/innen, Berater/innen, Künstler/innen und den zahlreichen Bürger/innen weiter.

Bodenkommission der Bundesregierung nimmt Arbeit auf.

Anfang September hat sich die beim Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat angesiedelte Expertenkommission „Nachhaltige Baulandmobilisierung und Bodenpolitik“ konstituiert. Claudia Tausend vertritt die SPD-Fraktion innerhalb der Kommission. Weitere Mitglieder sind Landesminister- und -senatorinnen, Vertreterinnen und Vertreter der kommunalen Spitzenverbände, Bundesministerien, Wissenschaft sowie Verbände.

Noch vor der Sommerpause 2019 soll die Kommission konkrete Vorschläge zur mittel- bis langfristigen Verbesserung der Baulandbereitstellung sowie einem sozial gerechteren Umgang mit Grund und Boden vorlegen. Entscheidender Kostenfaktor beim Wohnungsbau sind die Grundstückspreise. **Sie haben sich in München in den letzten 10 Jahren verdreifacht.** Grund und Boden werden gehandelt wie beliebige Waren. Es braucht dringend eine Reform für ein soziales Bodenrecht. Schon in den 1970er Jahren hatte der damalige Bundesbauminister und Münchens Alt-Oberbürgermeister Hans-Jochen Vogel erklärt: Grund und Boden müssen im Sinne der Gemeinschaft genutzt werden. Die Sozialbindung des Eigentums ist ein wesentlicher Bestandteil unserer verfassungsrechtlichen Grundlagen.
Auch Oberbürgermeister Dieter Reiter fordert, Grundstückseigentümer zu zwingen, die hohen, vollständig leistungslosen Gewinne durch Bodenwertsteigerungen zumindest teilweise der Allgemeinheit zurückzugeben.

In der Landeshauptstadt wird seit vielen Jahren intensiv über eine soziale Bodenpolitik diskutiert. Viele der innovativen Münchner Konzepte, wie das Instrument der Sozialgerechten Bodennutzung (SoBoN) zur Abschöpfung von Planungsgewinnen, sind bundesweites Vorbild und werden zunehmend kopiert.
Doch auf Bundesebene müssen weitere Rahmenbedingungen geschaffen werden, die es den Kommunen ermöglichen, wirksam gegen die Explosion der Bodenpreise vorzugehen.

Claudia Tausend inmitten der Expertenkommission „Nachhaltige Baulandmobilisierung und Bodenpolitik“.

Bezahlbare Mieten sind die wichtigste soziale Frage unserer Zeit.

Die SPD hat in der Koalition mehr Mieterschutz und sozialen Wohnungsbau durchgesetzt. Das Kabinett hat dem Gesetzentwurf von Bundesjustizministerin Katarina Barley zugestimmt, jetzt wird in Bundestag und Bundesrat zügig beraten, damit das Gesetz zum 1. Januar 2019 in Kraft treten kann.

Vermieterinnen und Vermieter werden künftig verpflichtet, Mieterinnen und Mieter vor Abschluss des Mietvertrags unaufgefordert über die Vormiete und Erhöhungen zu informieren. Mieterinnen und Mieter können unzulässig hohe Mieten dann leichter rügen und zu viel gezahlte Miete zurückverlangen. Das Gesetz schützt Mieterinnen und Mieter außerdem wirksam per Geldbuße vor einem „Herausmodernisieren". Die zulässige Modernisierungsumlage sinkt von elf auf acht Prozent und wird vor allem auf 3 Euro pro Quadratmeter gedeckelt. Gleichzeitig wäre die SPD gern weiter gegangen als es mit der Union bislang möglich war. **Die Münchner SPD hält zum Beispiel eine Modernisierungsumlage generell für systemfremd und will die vollständige Abschaffung.** Bis die Maßnahmen des Wohngipfels greifen, brauchen Mieterinnen und Mieter Sofortmaßnahmen. Alle Mieten in angespannten Wohnungsmärkten wie München dürften höchstens um die Inflationsrate steigen. Mit diesem auf fünf Jahre begrenzten Mietpreisstopp überbrücken wir den Zeitraum bis zum Wirksamwerden der auf den Weg gebrachten Maßnahmen.
Gemäß momentaner Kappungsgrenze dürfen Vermieterinnen und Vermieter die Miete in drei Jahren um bis zu 15 Prozent erhöhen, während die Verbraucherpreise in diesem Zeitraum etwa um 6 Prozent steigen. OB Dieter Reiter hat im Mai ein Reformpaket geschnürt, **der Stadtrat beschloss daraufhin im Juli die Münchner kommunale Mietpreisbremse. Sie erlaubt für städtische Wohnungen maximal 10 % in 5 Jahren**. Andere Vermieterinnen und Vermieter folgen bereits diesem Beispiel. Mietspiegel sollen die ortsübliche Vergleichsmiete abbilden, sind in der Praxis aber Mieterhöhungsspiegel.

Claudia Tausend und ihr Bundestagskollege Klaus Mindrup gemeinsam mit den Jusos auf der Demo #ausspekuliert in München.

Denn aktuell dürfen nur Mietänderungen der letzten vier Jahre herangezogen werden. Während also alle teuren Neuvermietungen einfließen, bleiben alle günstigeren Altverträge außen vor – ebenso wie die bekannt günstigen Mieten bei städtischen Wohnungsgesellschaften oder Genossenschaften. Dieter Reiter hat wie die Münchner SPD daher schon mehrmals dringend eine Reform angemahnt. Die jetzt auf dem Wohngipfel angekündigte Verlängerung auf sechs Jahre ist zwar ein kleiner Schritt in die richtige Richtung, bleibt aber weit hinter den Erwartungen der Münchner SPD zurück.
Wenn die Union erklärt, sie wolle „die Wohnungsmisere stärker mit den Mitteln des Marktes beheben",
kann man nur entgegnen: Der Markt hat hier versagt. Wohnungen sind keine Ware wie jede andere. Raum zum Leben ist ein Grundrecht. Wohnungen dürfen keine Geldanlage für Konzerne sein, aus denen man immer mehr Profit quetschen kann. Normalverdiener wohnen sich mittlerweile arm. **Die Demonstration #ausspekuliert hat gezeigt, dass die Angst vor Wohnungsverlust bis tief in die Mittelschicht der Gesellschaft reicht.**

Erste Erfolge auf dem Wohngipfel – aber noch Luft nach oben.

Der Wohngipfel der Bundesregierung war längst überfällig. Auf Einladung der Bundeskanzlerin kamen die zuständigen Bundesminister mit den Ländern, den Kommunalen Spitzenverbänden und Verbandsvertreterinnen- und Vertretern zusammen. Der Gipfel beschloss einige konkrete Maßnahmen und mehrere Absichtserklärungen für mehr bezahlbaren Wohnraum.

In einem Pressegespräch kommentierte Claudia Tausend als Vorsitzende der Münchner SPD gemeinsam mit ihrem Stellvertreter Roland Fischer, dem Oberbayern-Vorsitzenden Florian Ritter und Stadtrat Christian Müller die Ergebnisse und legte ein weitergehendes 12-Punkte-Programm vor. Bundesfinanzminister Olaf Scholz machte auf dem Wohngipfel die wichtigste Ankündigung: **Der Bund stellt den Ländern für die soziale Wohnraumförderung bis 2021 mindestens 5 Milliarden Euro zur Verfügung. Damit können über 100.000 zusätzliche Sozialwohnungen geschaffen werden.** Nun müssen die Länder ihrer durch die Föderalismusreform 2006 übertragenen Aufgabe endlich gerecht werden und zu den vom Bund überwiesenen auch eigene Mittel in weitaus höherem Umfang bereitstellen. Zum Vergleich: Die Stadt München allein stellt für das Programm „Wohnen in München VI“ und die vergünstigte Abgabe von Grundstücken an Genossenschaften schon über eine Milliarde Euro aus eigener Kasse zur Verfügung – der Freistaat sollte hier mit mehr Mitteln unterstützen. Bund und Land müssen künftig auch Fördermittel für „Normalverdiener“ zur Verfügung stellen. Anhaltspunkte dazu können die Fördergrenzen nach dem „München-Modell“ sein. Auch die Polizistin und der Krankenpfleger müssen von der Förderung profitieren können.

Das von Bundesinnenminister Seehofer angepriesene Baukindergeld zum Eigentumserwerb schließlich löst in München kein einziges Wohnungsproblem, sondern fördert in dieser Ausgestaltung lediglich Mitnahmeeffekte. Claudia Tausend fordert hier, den Erwerb von Genossenschaftsanteilen in das Programm „Baukindergeld“ aufzunehmen. Überhaupt muss genossenschaftliches Wohnen stärker gefördert werden. So ist es ein erster Erfolg der SPD, dass der Bund eigene Grundstücke an Kommunen wie München verbilligt überlässt. Claudia Tausend fordert hier weiter zu gehen: Genossenschaften und städtische Wohnungsgesellschaften sind bei der Vergabe von Grundstücken der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben oder des Bundeseisenbahnvermögens gleichzustellen.
Das weitverbreitete Geschäftsmodell, Mietwohnungen in Eigentum umzuwandeln, verdrängt Mieterinnen und Mieter aus ihrem sozialen Umfeld. Der Münchner Stadtrat ist mit der Verschärfung der Abwendungserklärungen ab 1. Juli 2018 bis an den äußersten Rand des heute rechtlich zulässigen gegangen, so dass die Mieterinnen und Mieter in den inzwischen 22 Erhaltungssatzungsgebieten Münchens dank der SPD den bundesweit höchsten Schutz genießen. Dieter Reiter fordert schon lange vom Bund, rechtliche Schlupflöcher zu schließen. Die Münchner SPD fordert weiter die kommunalen Möglichkeiten, die das Instrument der Erhaltungssatzung bietet, auf das gesamte Stadtgebiet auszuweiten und Kommunen soll beim Verkauf von Wohnraum grundsätzlich ein Vorkaufsrecht eingeräumt werden. **Der Wohngipfel erklärt nun immerhin anzustreben, die Möglichkeiten der Umwandlung zu reduzieren.**

V.l.n.r.: Florian Post, Isabell Zacharias, Sigmar Gabriel und Michael Ott

Tatkräftige Unterstützung

18 Termine absolviert Sigmar Gabriel im Wahlkampf in Bayern! „Jetzt sind wir bis zur Wahl noch jede Woche zusammen unterwegs!“ freute sich Florian Post. Sigmar Gabriel war am 15. September auf die Einladung von Florian Post hin im Münchner Augustinerkeller, um Michael Ott im Landtagswahlkampf zu unterstützen. Mit dabei waren auch die Vorsitzende der Münchner SPD, Claudia Tausend MdB und die Landtagsabgeordnete Isabell Zacharias, neben vielen anderen!

Halbe-halbe bei Krankenkassenbeiträgen

Die Parität bei den gesetzlichen Krankenkassenbeiträgen wird wiederkommen. Dazu hat das Parlament in der vergangenen Woche in erster Lesung das GKV-Versichertenentlastungsgesetz debattiert.

Die Beitragszahlerinnen und -zahler sollen mit dem Gesetz um insgesamt rund 8 Milliarden Euro pro Jahr entlastet werden. So wird der Zusatzbeitrag, der bisher nur von den Versicherten getragen wird, künftig wieder zu gleichen Teilen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern bezahlt. Er liegt im Durchschnitt bei 1 Prozent des Bruttoeinkommens.

Für die Versicherten bedeutet das eine Entlastung um 0,5 Prozent ihres Bruttoeinkommens. Das sind bei einem Durchschnittseinkommen von 3000 Euro brutto monatlich ca. 15 Euro mehr. Rentnerinnen und Rentner profitieren ebenfalls. Ihr Zusatzbeitrag wird zukünftig zur Hälfte durch die Deutsche Rentenversicherung übernommen.

Unterstützung für Selbstständige

Darüber hinaus sieht der Gesetzentwurf eine Halbierung der Einstiegsbeiträge für Selbstständige vor. Das ist wichtig, weil es die Attraktivität der gesetzlichen Krankenversicherung für Selbständige steigert.

Heute können viele privatversicherte Selbständige im Alter die hohen Prämien nicht mehr bezahlen. Künftig können sie sich günstiger gesetzlich versichern.

Finanzreserven abschmelzen

Verbesserungen sieht der Gesetzentwurf auch für Zeitsoldatinnen und -soldaten vor: Ihnen ebnet er nach Ende der Dienstzeit den Weg in die gesetzliche Krankenversicherung.

Angesichts der zum Teil hohen Rücklagen von Krankenkassen sollen diese dazu verpflichtet werden, ihre Finanzreserven abzuschmelzen. Die Rücklagen dürfen dem Entwurf zufolge künftig eine Monatsausgabe nicht mehr überschreiten. Überschüssige Beitragseinnahmen müssen von 2020 an innerhalb von drei Jahren abgebaut werden. Krankenkassen mit einer Reserve von mehr als einer Monatsausgabe sollen ihren Zusatzbeitrag nicht anheben dürfen.

Zugleich soll der sogenannte Risikostrukturausgleich (RSA) reformiert werden, um den Kassenwettbewerb nicht zu verzerren.

Das Gesetz soll zum 1. Januar 2019 in Kraft treten.

Termine

Claudia Tausend
und Florian Post

„Kohnen PLUS“ mit Katarina Barley

Die Bundesjustizministerin mit Spitzenkandidatin Natascha Kohnen und Landtagskandidat Michael Ott.

Beim Anstich auf dem Oktoberfest

Claudia Tausend und Florian Post beim Anstich am Oktoberfest mit den Kolleginnen und Kollegen aus dem Stadtrat.

Besuch bei CCR Logistics Systems AG

Immer gut, wenn man sich über die Auswirkungen von Gesetzen, die wir beschließen, selbst ein Bild in der Praxis macht!

Einweihung des Georg-Kronawitter-Platzes

„Schon zu Lebzeiten hatte Georg Kronawitter einen festen Platz im Herzen vieler Münchnerinnen und Münchner, nun hat er auch einen nach ihm benannten Platz im Herzen der Stadt“, sagte Dieter Reiter sehr treffend bei der Einweihung mit Hildegard Kronawitter und vielen langjährigen Weggefährten.

Beste Stimmung trotz Regenwetter – Mit Bezirkstagskandidatin Marina Achhammer, Stadträtin Bettina Messinger und Landtagskandidat Mike Malm am SPD-Stand am Isarinselfest.

Isarinselfest

Florian Post - interessante Gespräche am Isarinselfest mit dem neuen Stadtkämmerer Christoph Frey.

Florian Post MdB

Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Belgradstr. 15 a
80796 München

florian.post@bundestag.de
Tel: 089 - 18 94 65 38
Fax: 089 - 18 94 65 39
facebook.com/bundestag2013
www.florian-post.de

Claudia Tausend MdB

Mitglied im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union sowie im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

Oberanger 38
80331 München

claudia.tausend.wk@bundestag.de
Tel: 089 - 18 93 28 58
Fax: 089 - 44 23 24 80
facebook.com/tausendmalbesser
www.claudia-tausend.de

Kostenlose Bürgerberatung

In den Wahlkreisbüros finden regelmäßige **Bürgersprechstunden** und weitere Beratungsangebote wie **Mieterberatung, Schuldnerberatung** und **Künstlersozialberatung** statt. Terminvereinbarung erfolgt telefonisch oder per E-Mail über die Wahlkreisbüros.

Newsletter Design, Konzept und Layout
©2018 MdB Florian Post